

Open Source ist eine Frage der politischen Initiative

Open Source scheint einen überparteilichen Appeal zu haben. Wie sonst könnten sich die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe digitale Nachhaltigkeit zusammengerauft haben? Am 21. September luden sie hochrangige Informatikvertreter des Bundes und der Kantone nach Bern ein. *Christian Walter*

Ein wesentlicher Unterschied zwischen proprietärer und Open-Source-Software sind die Lizenzen. Während Open Source jedem kostenlos zur Verfügung steht, erwirbt man proprietäre Software über den Kauf einer Lizenz. Früher war diese Lizenz lediglich ein rechtliches Konstrukt, das zwar nicht ohne Gewicht, aber für den täglichen Betrieb ohne Folgen war. Im Zeitalter des Internets hat sich das allerdings geändert. Zahlreiche Programme verweigern heute den Dienst, wenn sie sich nicht online authentifizieren können. Bedenkt man die Problematik der Raubkopien, ist das zwar durchaus verständlich, dennoch bringt ein derartiger Ansatz auch Probleme mit sich. Was, wenn zum Beispiel die Verbindung zum Server nicht zustande kommt?

So geschehen in der Sommersession des Schweizer Parlaments, bei der die hauseigene proprietäre IT ausfiel und sich nicht wieder aktivieren liess, da der Server die Authentifizierung verweigerte. Glücklicherweise gab es ein Open-Source-Back-up-System, das den Betrieb aufrecht erhielt, bis ein Workaround für das Problem gefunden werden konnte. Diese Anekdote erzählte Nationalrat Christian Wasserfallen am Treffen der Parlamentarischen Arbeitsgruppe für digitale Nachhaltigkeit in Bern. Er unterstrich jedoch, dass es ihm und seinen Kollegen um mehr als nur um Fragen wie Microsoft gegen Linux gehe. Vielmehr handle es sich um ein auf lange Sicht wichtiges Thema, das jenseits ideologischer Auseinandersetzungen der Aufmerksamkeit und vor allem der politischen Initiative bedürfe.

Politische Initiative gefragt

So sollte das Treffen in Bern vor allem zeigen, was sich im Umfeld von Open Source und Verwaltungen tut. Ein erstes Beispiel präsentierte Daniel Brunner, stellvertretender Informatikleiter beim Schweizerischen Bundesgericht (BG), wo man mittlerweile weitestgehend auf freie Software setzt – mit Erfolg, wie Brunner anmerkte: Erst vor kurzem bestätigte dies ein externer Audit der Firma



Die Parlamentarische Arbeitsgruppe für digitale Nachhaltigkeit konnte sich über ein volles Haus freuen.

Bildquelle: /ch/open

KPMG, der die IT-Kosten je Arbeitsplatz auf 9472 Franken bezifferte. Zum Vergleich: Laut KPMG befinden sich diese im Schnitt zwischen 8800 und 22 000 Franken.

Trotz dieses Ergebnisses gab es zuletzt Turbulenzen bei der IT des BGs. Grund für den Audit war nämlich die Unzufriedenheit des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) mit der Open-Source-Alternative und dessen Wunsch, eine eigene IT-Abteilung zu betreiben. Dies trotz einer Untersuchung der Firma Pricewaterhouse Coopers, die zu dem Schluss kam, dass ein solcher Schritt nicht nur einmalige Extrakosten von fast sieben Millionen Franken nach sich ziehe, sondern auch einen jährlichen Synergieverlust von 1,8 Millionen Franken bedeute. Nichtsdestotrotz gab das Parlament den Weg dafür frei. Ob das im Sinne des Steuerzahlers ist, liess man an diesem Abend offen.

Vom Wettbewerb profitieren

Zwei weitere Beispiele für die Rolle der Politik waren die Open-Source-Strategie des Kantons Solothurn sowie die Migration der Stadt München. Im Kanton Solothurn wurden die Weichen zur Umstellung auf Open Source 2001 gestellt, und zwar mit einem offiziellen Auftrag der Kantonsregierung. Informatikleiter Kurt Bader bezeichnete das Projekt als Erfolg. In München begann der Prozess im gleichen

Jahr, die eigentliche Migration erfolgte aber erst 2007. Dabei wies Florian Schiessl, stellvertretender Projektleiter von «Limux», darauf hin, dass es trotz gegenteiliger Gerüchte keine grossen Probleme bei der Umstellung selbst gäbe. Man habe sich einfach viel Zeit bei der Vorbereitung genommen. In Tat und Wahrheit seien sogar erst weniger als 50 Prozent des veranschlagten Budgets benötigt worden. Der Abschluss sei für 2011 geplant.

Zum Abschluss griff Nationalrätin Edith Graf-Litscher noch einmal den Gedanken der politischen Initiative auf und sah sich durch die an diesem Abend erläuterten Beispiele bestätigt. Begründet sah sie dies durch die besondere Rolle der Informatik im Zusammenhang mit Regierungsarbeit. Gerade hier sei man im Interesse des Bürgers verpflichtet, Abhängigkeiten zu reduzieren und auf offene Formate und Schnittstellen zu setzen, um die dauerhafte Verfügbarkeit aller Informationen zu gewährleisten. Ausserdem erwachsen dadurch auch Marktchancen für heimische Unternehmen. Mit einem Auge schielte sie vielleicht auch auf das Beispiel München, das zeigt, dass sich auch Chancen für die IT-Beschaffung des Bundes eröffnen könnten. Zuvor erwähnte nämlich Florian Schiessl die plötzliche Verhandlungsbereitschaft des ehemaligen Partners bezüglich des Preises, als die Stadt sich zur Migration entschlossen hatte.